

26. IV. 1919

a
u

150

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Ernährung und die Finanzen.

In einer Donnerstag unter dem Vorzuge des Abgeordneten Schönsteiner in der Josefstadt stattgefundenen Wählerversammlung hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Rede, in der er unter anderem ausführte: Die Ernte Deutschösterreichs aus dem Jahre 1918 ist längst erschöpft und die Nationalstaaten, die dem alten Oesterreich-Ungarn angehört haben, liefern uns nichts. Wir brauchen Zucker. Wir in Deutschösterreich haben nur drei kleine Zuckerrabrien, der größte Teil liegt im czecho-slowakischen Gebiet. Die czecho-slowakische Regierung will für ihren Zucker in czecho-slowakischer Valuta bezahlt sein. Um 100 czecho-slowakischer Noten zu kaufen, bedarf ich 146 deutschösterreichischer Banknoten. Ich habe für morgen den Stadtrat zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um alle Maßnahmen zu beschließen, welche geeignet sind, trotz der Valutanot die Zuckerverversorgung der Stadt sicherzustellen. Um unser Volk vor Hunger zu retten, müssen wir Brotfrüchte aus der Uebersee beziehen und mit ausländischer Valuta bezahlen. Wir müssen daher wiederum Anlehen machen, die für Jahre uns schwer belasten. Es kostet der Weizen, wie ihn die Entente liefert, jetzt 300 Kronen per Meterzentner. Wir müssen zahlen, wir können nicht Hungers sterben, und wenn wir durch diese Zahlungen auch noch unsere spätesten Enkel belasten.

Wir haben jetzt in Wien 140.000 Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit ist eine Gefahr für sich und insbesondere eine große Gefahr für eine Zweimillionenstadt. In den letzten drei Wochen sind um zehn Millionen Kronen Arbeiten ausgeschrieben worden, und ich kann mit Befriedigung mitteilen, daß eine große Anzahl von Anboten gemacht wurde. Es zeigt sich, daß jeder einzelne Gewerksmann das Bedürfnis hat, wieder im Produktionsprozeß mittätig zu sein. Es fehlen uns zur Wiederbelebung des Wirtschaftslebens die Rohstoffe. Die Entente hat spät, aber doch die Blockade aufgehoben. Rohstoffe sind aber auch nur gegen ausländische Valuta zu kaufen; die haben wir auch nicht. Wir können aber, ohne daß unsere Ernährungs- und wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse gebessert werden, nie daran denken, daß unsere Finanzverhältnisse besser werden. Wir Christlichsozialen begehren, daß die Vermögensabgabe in einer Skala vor sich geht, wo ein gewisses kleines Kapital überhaupt besreit ist, mit einem kleinen Prozentsatz begonnen, je höher aber die Skala schreitet, desto rücksichtsloser vorgegangen wird. Das Defizit der Gemeinde für das kommende Verwaltungsjahr wird 250 bis 300 Millionen Kronen betragen. Ich scheue mich gar nicht, zu sagen, daß wir die Preise für Gas und elektrische Energie und der Straßenbahnen abermals erhöhen müssen. Die Kohlenpreise allein sind um das Siebenfache gestiegen, die Löhne und Gehalte der Angestellten um das Achtfache. Wir müssen auch trachten, die Einnahmen der Gemeinde in anderer Beziehung zu erhöhen. Wir verlangen vom Staate, daß er die rein lokalen Steuern der Stadt überläßt.